**Bezugspreis:**
Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 75 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

# Der Enztäler.

## Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
## Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

**Anzeigenpreis:**
Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfg., Rekl.-Zeile 50 Goldpfg. m. Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft.
**Fernsprecher Nr. 4.**
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 163. | Donnerstag, den 16. Juli 1925. | 83. Jahrgang.

## Deutschland.

**Berlin,** 15. Juli. Das Erscheinen der endgültigen Veröffentlichung des großen parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des deutschen militärischen Zusammenbruchs im Herbst 1918 steht unmittelbar bevor. Nach sechsjähriger Arbeit hat der vierte Unterausschuß seine Untersuchungen beendet und wird in den nächsten Tagen das Ergebnis seiner Tätigkeit in drei stattlichen Bänden dem Reichstag vorlegen.

**Berlin,** 15. Juli. Wie das „Berliner Tageblatt" aus gutunterrichteten Kreisen erfahren haben will, soll es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem deutschnationalen Reichsinnenminister Schiele gekommen sein. Auch verschiedene Vermittlungsversuche sollen noch zu keiner Einigung geführt haben. In England werden die Auseinandersetzungen aufmerksam verfolgt und die Aussichten eines Sicherungspaktes ungünstig beurteilt.

**Änderung des Gesetzes über die Württ. Landwirtschaftskammer.**

Nach dem Gesetz über die Württ. Landwirtschaftskammer vom 23. Juni 1919 setzt sich die Landwirtschaftskammer in Württemberg aus 48 Vertretern der Landwirtschaft, 20 Vertretern aus der Forstwirtschaft, des Gartenbaus, der landwirtschaftlichen Angestellten, den Vorstandsmitgliedern landw. Vereinigungen und Genossenschaften, aus Sachverständigen usw. und 12 Vertretern der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer zusammen.

Der Deutsche Landarbeiterverband, Gau Württemberg, Baden und Hohenzollern hat nunmehr gemeinschaftlich mit dem Zentralverband der Landarbeiter, Bezirk Württemberg und Hohenzollern an den württ. Landtag einen Antrag betreffend Aenderung dieses Gesetzes eingereicht. Und zwar soll eine Aenderung nach den Vorschlägen des Verfassungsausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates vorgenommen werden. Der Vorschlag des Reichswirtschaftsrats sieht eine Drittelung der Landwirtschaftskammern vor und zwar sollen die Unternehmer zwei Drittel, die Arbeitnehmer ein Drittel der Mitglieder der Kammern zu wählen haben.

Der Abänderungsantrag der beiden Arbeitnehmerverbände an den württ. Landtag geht dahin, daß die Vertreter der Landwirtschaft in der Landwirtschaftskammer getrennt werden nach Vertretern der Landwirte mit einem Grundbesitz von 1 bis 10 Hektar und von solchen mit einem Grundbesitz von über 10 Hektar und auf jede dieser beiden Gruppen sollen je 20 Sitze in der Landwirtschaftskammer entfallen. Die Zahl der Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer soll von 12 auf 20 erhöht und außerdem das passive Wahlrecht den Vorstandsmitgliedern oder Beamten landwirtschaftlicher oder forstwirtschaftlicher Arbeitnehmervereinigungen gewährt werden.

Die Änderung des Gesetzes wird u. a. mit folgendem begründet: Bei der jetzigen Fassung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer kommen, wie die Erfahrung gelehrt hat, die kleineren Landwirte nicht genügend zur Geltung. Es empfiehlt sich daher, eine Aenderung in der Weise herbeizuführen, daß auf der einen Seite dem größeren landwirtschaftlichen Grundbesitz zwar eine ausreichende Vertretung sichergestellt, auf der anderen Seite aber auch dem kleineren Grundbesitz eine genügende Vertretung in der Landwirtschaftskammer gewährleistet wird. Als ein Mißstand hat sich ferner erwiesen, daß die landw. Arbeitnehmer eine unzureichende Vertretung besitzen. Gemessen an ihrer wirtschaftlichen Bedeutung wird man davon ausgehen dürfen, daß die Einräumung eines Drittels der Sitze an die landw. Arbeitnehmer als das mindeste dessen angesehen werden darf, was gefordert werden kann. Die Landwirte verfügen dann noch über die doppelte Zahl der den Arbeitnehmern zustehenden Sitze in der Landwirtschaftskammer. Der Vorschlag, den Vorstandsmitgliedern und Beamten der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmervereinigungen das passive Wahlrecht zu erteilen, dürfte für die Arbeiten der Landwirtschaftskammer nur förderlich sein und der Vorschlag dürfte schon deshalb keinen Widerstand finden, da das gleiche Recht den zu wahlberechtigten Landwirten zählenden Angestellten anderer Organisationen bereits eingeräumt ist.

Wie sich die einzelnen Parteien zu dem Abänderungsantrag stellen, wird sich aus den Verhandlungen ergeben.

**Ein Zwischenfall bei der Nationalfeier in Koblenz.**

**Koblenz,** 15. Juli. Bei der gestrigen Nationalfeier der französischen Armee ereignete sich ein bedauerlicher Zwischenfall. Polizeioberkommissar Brenkmann, der auf einem Fahrrad die auf Befehl der interalliierten Rheinlandkommission aufgestellte Postenkette kontrollierte, fuhr an einer Armeefahne ohne zu salutieren vorbei. Der Kommissar wurde vom Fahnenträger vom Rad gestoßen und mißhandelt; hierbei wurde er durch mehrere Säbelhiebe verletzt.

**Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage.**

Im ganzen haben sich während des Monats Juni die ungünstigen wirtschaftlichen Anzeichen nicht verringert, sondern eher noch etwas gemehrt. Die Absatzschwierigkeiten des Kohlenbergbaues haben sich weiter vermindert, und im Geschäftsgang der Metall- und Maschinenindustrie zeigt sich ein Rückgang; nur in der Textilindustrie ist die im vorhergehenden Monat aufgetretene Abschwächung zum Stillstand gekommen. Auf den Arbeitsmarkt ist eine unmittelbare Rückwirkung nur in einzelnen Industrien und Gegenden eingetreten. Die Entlassungen, die im Ruhrbergbau auch im Juni erfolgten, konnten im großen und ganzen von der Landwirtschaft wie vom Bergbau aufgenommen werden, doch scheint es allerdings, als ob im Rheinland-Westfalen bereits die Entlassungen von Arbeitskräften die Neueinstellung an Zahl übertreffen. Sicher ist die Verminderung der Gesamtzahl der im Deutschen Reich unterstützten Erwerbslosen, die sich auch am 15. Juni (214 092) dem 1. Juni gegenüber (233 700) ergab, nicht ausschließlich darauf zurückzuführen, daß die Erwerbslosen Beschäftigung fanden, sondern zum Teil auch darauf, daß die langfristig Erwerbslosen aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden wurden, weil ihr Unterstützungsanspruch erlosch. Immerhin ist es in der Gesamtindustrie noch nicht zu umfangreicheren Betriebseinschränkungen gekommen. — Ist es kennzeichnend für die heutige deutsche Wirtschaft mit ihren verringerten Ausmaßen, daß eine Aufwärtsbewegung sehr schnell auf Grenzen stößt, so ist es andererseits — in den Fällen rückläufiger Wirtschaftsentwicklung — wieder kennzeichnend, daß sich das Absinken in langsamer Bewegung vollzieht. Da die deutsche Industrie, allen Hemmnissen entgegen, ihr Betriebskapital in steter, der Zeit, die es erfordert, nichtachtender Arbeit aufbauen muß, und da es sich bei dem verschärften Wettbewerb und den verringerten Absatzmöglichkeiten für viele hierbei um einen Kampf um die wirtschaftliche Existenz handelt, so sind die Maßstäbe und die Verhaltungsmaßnahmen nicht mehr rein ökonomische. In unablässiger Regsamkeit gilt es, im Falle des Versagens eines verfolgten Zieles, neue Mittel und Wege zu finden, und das wirkt nun darauf hin, eine rückläufige Bewegung des Arbeitsmarktes hinauszuzögern. Die Bewegung des Arbeitsmarktes folgt nur ganz langsam den einzelnen Stadien wirtschaftlien Rückganges. Nach den Einzelberichten typischer industrieller Betriebe an das Reichsarbeitsblatt ist der Beschäftigungsgrad nur wenig schlechter geworden. 3625 Einzelbetriebe mit 1,6 Mill. Beschäftigten berichteten über ihre Beschäftigung im Juni und machten Vergleichsangaben zum Vormonat. Der Anteil der Arbeitskräfte in Betrieben mit schlechtem Geschäftsgang erhöhte sich von 30 auf 32 Prozent. Die befriedigende Beschäftigung wich dafür von 42 auf 40 Prozent zurück, während der Anteil der gut beschäftigten mit 28 Prozent am 15. Juni wie am 15. Mai unverändert blieb.

**Die Kinderreichen beim Reichspräsidenten.**

Der Reichspräsident empfing dieser Tage den Vorsitzenden des Reichsbundes der Kinderreichen, Herrn Konrad, Düsseldorf, und den Reichsbundsgeschäftsführer, Generalmajor a. D. Dix. Nachdem Herr Konrad einen Ueberblick über die Entstehung und bevölkerungspolitische Bedeutung der Bewegung und deren Zweck und Ziele gegeben hatte, trug er die Wünsche der Kinderreichen auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesens, der Steuerfragen und der Elternschaftsversicherung vor. In seiner Antwort betonte der Reichspräsident, daß er die bevölkerungspolitische Bedeutung der Bewegung durchaus würdige und ihr lebhaftes Interesse entgegenbringe. Soweit ihm nach der Verfassung eine Einwirkung zustehe, sei er gerne bereit, die Bestrebungen des Bundes zu unterstützen.

**Empfang beim Reichspräsidenten.**

**Berlin,** 14. Juli. Der Reichspräsident empfing heute das Präsidium der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft, Gouverneur a. D. Seitz (Deutsche Kolonialgesellschaft), General v. Epp (Deutscher Kolonialkriegerbund), Bezirksamtmann a. D. Geheimrat von Jastrow (Reichsverband der Kolonialdeutschen), sowie Gouverneur a. D. Meyer-Waldeck (Aktionsausschuß) und nahm deren Bericht über den unlängst erfolgten Zusammenschluß der Kolonialen Vereine usw. zur Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft und die Ziele und Arbeit dieses Verbandes entgegen.

## Ausland.

**London,** 15. Juli. Frankreichs Verhalten in der Chinafrage hat in London ernste Verstimmung hervorgerufen.

**Erweiterung des polnischen Einfuhrverbots für deutsche Waren.**

**Warschau,** 13. Juli. Das heute mittag erschienene Gesetzblatt der polnischen Republik veröffentlicht eine Verordnung des polnischen Ministerrats, laut deren die Einfuhr folgender deutscher Waren in Polen verboten wird: Reis, Hopfen, Fett, Schmalz, Fische, Fischkonserven, geräucherte Fische, Heringe, Gelatine, Tischlerleim mit Ausnahme von Fischleim, Stearin, Margarine, Kochbutter, lebende Fische, Töpferfayence, Glaswaren, Spiegel, Spiegelscheiben, Koks, Kohlenbriketts, Gummifabrikate, Gummi, Harzfabrikate, Gummiwaren, Balsam, Schellack, Alaun, Glaubersalz, Salz- und Essigsäure, Holzspiritus, Arsenobenzol, Salvarsan, gereinigtes Glyzerin, Ultramarin, Berliner und Pariser Blau, Waschblau, Tinte, Schuh- und Metallputzmittel, Klebstoff jeder Art mit Ausnahme von Glaserkitt, Hausgeräte und Gebrauchsgegenstände aus Eisen, Stahl, Kupfer, Nickel, Aluminium und anderen Metallen und Metallegierungen, mit Ausnahme von Kirchenglocken, weiter Grubenlampen, Tür- und Fensterbeschläge, Nieten, Schrauben, Schraubenmuttern, Nadeln, Waffen, Lokomotiven und Tender, Uhren, Musikinstrumente mit Ausnahme von Darmsaiten, Knöpfe, Schreib- und Malutensilien. Die Verordnung sieht weiter vor, daß der polnische Handelsminister Kontingente deutscher Waren zur Einfuhr freigeben kann in Abhängigkeit von der Zulassung polnischer Waren nach Deutschland. Die genannte Verordnung findet keine Anwendung auf Waren, auf die sich das Gesetz vom 25. Mai 1922 über die Ratifizierung des deutsch-polnischen Abkommens in Oberschlesien vom 15. Mai des gleichen Jahres bezieht, ebenso auf die von dem Abkommen für den kleinen Grenzverkehr umfaßten Waren und endlich auf den Veredelungs- und bedingten Zollverkehr. Die Verordnung tritt vier Tage nach Bekanntmachung, also am 17. Juli, in Kraft.

**Wie Paris den Nationalfeiertag beging.**

**Paris,** 15. Juli. Paris schwelgte gestern in unersättlicher Tanzwut. Seit drei Tagen spielen auf allen Plätzen und Straßen Musikkapellen Foxtrott und Shimmy. Um 5 Uhr früh wurde erst Schluß gemacht. Betrunken gingen Tausende und Abertausende heim. In den Vorstädten hatten verstärkte Polizeimannschaften viel zu tun. Ueberfälle auf Schutzleute waren nicht selten. [illegible] arbeiter in den Werken untergebracht sind, ging es am schlimmsten zu. Der Nationalfeiertag vom 14. Juli forderte manches blutige Opfer. Der Gemeinderat hatte den Parisern ein Glanzfest bereitet. 40 Musikkapellen spielten die ganze Nacht hindurch zum Tanze auf. Auf dem Steuerzettel werden die Kosten verrechnet werden. Die Truppenschau auf dem Etoile-Platz, wo unter dem Triumphbogen das Grab des „Unbekannten Soldaten" liegt, verlief mit großem militärischem Gepränge. Der ganze Platz war von Kanonen abgeschlossen. Vor dem Grabe sah man zwei neukonstruierte weittragende Geschütze. In kurzem nervösem Paradeschritt marschierten die Soldaten zahlreicher Regimenter sowie Offiziersschulen an dem Militärpräfekten der Stadt Paris, dem Präsidenten der Republik und den Spitzen der Behörden vorbei. Hunderttausende von Zuschauern folgten der Parade. In engen Kreisen schwirrten Flugzeuge über dem Triumphbogen hin. Eine besondere Sensation wurde dem Publikum geboten. Es war ein Fackelzug von Verdun nach Paris vorgesehen worden. Der Sieger entzündete mit der in Verdun empfangenen und weitergegebenen Fackel die ewige Lampe am Grab des Unbekannten Soldaten. In Artikeln, die das Haßgefühl gegen die Deutschen tief aufwühlen, feiern die Zeitungen diesen Fackellauf. Es ist kein Zufall, daß der 14. Juli diesmal einen chauvinistischen Anstrich erhält. Bainville schreibt in der „Liberté", die Pfandpolitik müßte wieder zu ihrem Rechte gelangen. Er veröffentlicht folgende interessante Neuigkeit: Briand wandte sich vor einigen Tagen an Herriot mit der Frage, ob es richtig wäre, daß Herriot auf der Londoner Dawes-Konferenz dem damaligen deutschen Reichskanzler die Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort gleichzeitig mit der militärischen Räumung des Ruhrgebietes zugesagt habe. **Herriot erwiderte, daß er sich daran nicht mehr erinnern könne.** Bainville meint nun, die deutsche Regierung müsse die Entwaffnungsbestimmungen erfüllen und die Briandnote befriedigend beantwortet haben, bevor die Räumung der genannten drei Städte bewilligt werden könne.

**Aus dem marokkanischen Kampfgebiet.**

**Paris,** 14. Juli. Bei der Truppenschau in Rabat beim heutigen Nationalfeiertag hielt Marschall Lyautey eine kurze Ansprache, in der er erklärte, er erwarte mit einem Gefühl innerer Erleichterung die Ankunft des neuen militärischen Oberkommandierenden, General Naulin. Im übrigen wolle er zur militärischen Lage eins erklären: „Vertrauen, das Schlimmste ist überstanden. Er habe, so fuhr Lyautey fort, Tage schwerster Besorgnis durchgemacht. Jetzt sei er aber sicher, daß Frankreich in Marokko Herr der Lage sein und bleiben werde.

Das amtliche Communiqué, das heute ausführlich jede kleine Bewegung an der Front registriert, läßt erkennen, daß es im Werga-Tale bisher nicht zu neuen Kämpfen gekommen ist. Jedoch sind die Rifkabylen wieder bis an die französische Linie gerückt und halten sie unter ständiger scharfer Bewachung.

**Englands Flottenprogramm.**

**London,** 15. Juli. Ueber das neue englische Flottenprogramm soll heute ein Kabinettsrat stattfinden. Der Kabinettsausschuß, der sich unter Vorsitz von Lord Birkenhead mit dieser Frage zu befassen hatte, hat ein Memorandum ausgearbeitet und dieses allen Kabinettsmitgliedern zugehen lassen. Sollten die Vorschläge dieses Memorandums angenommen werden, so dürften insgesamt 19 neue Kreuzer gebaut werden, fünf bereits davon in diesem Jahre, weitere je vier bis 1931. Möglich ist allerdings, daß in den ersten beiden folgenden Jahren je sieben gebaut werden. Die Kosten werden auf etwa fünf Millionen Pfund geschätzt. Es ist noch nicht bestimmt, ob dieser Plan in seiner Gesamtheit vom Kabinett angenommen wird. Gegenwärtig bestehen noch Meinungsverschiedenheiten. Die Regierung hat insbesondere die Opposition der Arbeiterpartei zu befürchten. Dem gegenüber steht jedoch bei der Verwirklichung dieses gewaltigen Konstruktionsplanes eine bedeutende Verminderung der Arbeitslosigkeit. Wie die „Daily Mail" mitteilt, würde der Bau von 19 Kreuzern ungefähr 176 Gewerkschaften beschäftigen können.

**Botschafter v. Maltzan über das Dawes-Gutachten.**

**Newyork,** 15. Juli. Botschafter v. Maltzan feierte als Gast eines Chicagoer Klubs, dessen Präsident der Vizepräsident Dawes ist, in längerer Rede die Durchführung des Dawesplanes. Er dankte Amerika für diesen „großzügigen Beitrag für den Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege." Es solle Amerika unvergessen bleiben, daß es den Dawesplan angeregt habe. Maltzan gab weiter an, daß augenblicklich 30 Prozent des deutschen Einkommens für Reparationen verwandt würden. Dieser Prozentsatz dürfte im nächsten Jahr 40 Prozent erreichen.

## Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

**Neuenbürg,** 15. Juli. (Gerichtsferien.) Am 15. Juli beginnen die Gerichtsferien, sie endigen am 15. September. Während der Ferien werden nur in Feriensachen Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen.

(Wetterbericht.) Der Einfluß des Hochdrucks im Nordosten wird durch vereinzelte schwache Druckstörungen beeinträchtigt. Ein starkes Tief bei Island dürfte sich allmählich auch in Süddeutschland geltend machen. Für Freitag und Samstag ist deshalb mit vielfach trübem Wetter zu rechnen.

## Württemberg.

**Stuttgart,** 14. Juli. (Württ. Baumeistertag.) Einem alten Herkommen entsprechend, hielten die württembergischen Baumeister am 11. und 12. Juli hier ihre Bundestagung ab. Die Mitgliederversammlungen der dem Bund angeschlossenen Fachgruppen sowie die Vertreterversammlung fanden am Samstag in den verschiedenen Sälen des Bürgermuseums statt und waren

staltung in angenehmer Weise aus. Die eigentliche Hauptversammlung war auf Sonntag vormittag im Konzertsaal der Liederhalle anberaumt. Sie wurde vom Bundesvorsitzenden, Oberamtsbaumeister Vatter-Geislingen, eröffnet und geleitet; er begrüßte die zahlreich erschienenen Teilnehmer, sowie die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der Reichsbahn, der Bauschule, der Handwerkskammer, der politischen Parteien und der Bundesbrüder aus Baden und Hessen. Er führte aus, daß dem Bund etwa 1800 württ. Baumeister angeschlossen sind, hievon etwa 40 Prozent in Beamtenstellung und 60 Prozent im freien Beruf. Als die künftigen Aufgaben des Bundes bezeichnete er im besonderen die Mitarbeit bei der Hebung der Wohnungsnot und der Anpassung der öffentlichen Straßen an die Anforderungen des Kraftwagenverkehrs. Namens der staatlichen Behörden sprach Präsident Kuhn, für die Stadt Stuttgart Bürgermeister Dr. Sigloch, für die Reichsbahn Oberbaurat Hahn, für die höhere Bauschule Oberbaurat Schmohl, für die Handwerkskammer Dr. Gerhard. Je ein Vertreter des badischen und hessischen Baumeisterbundes überbrachte die Grüße und Wünsche dieser Bünde. Der stellvertretende Bundesvorsitzende erstattete sodann den Geschäftsbericht, aus dem zu entnehmen war, daß der Bund im verflossenen Jahr sich mit einer großen Zahl von Fragen beschäftigte und daß ihm gelungen war, diese ganze Arbeit bisher ehrenamtlich zu erledigen. Den Fragen, die die höhere Bauschule und die Berufsbildung der heranwachsenden Baumeister betreffen, wurde die größte Aufmerksamkeit geschenkt; außerdem beschäftigte sich der Bund mit der Förderung des Wohnungsbaues, der Beaufsichtigung der Körperschaftsstraßen, dem Einschneiden der Schnurgerüste, der Anfertigung von Lageplänen, der Neubesetzung der Stadtbaurätestellen, der Organisation der Bauhandwerkerschulen, der Ausbildung der Gewerbelehrer, den Preisgerichten bei Architekturwettbewerben, der Einteilung des Landes in die Bezirksverbände, dem weiteren Ausbau der Baumeisterzeitung, sowie dem engeren Zusammenschluß mit den badischen und hessischen Baumeistern. Hieran anschließend hielt Professor Schuster von der höheren Bauschule einen Vortrag über Bauen und Heimatschutz mit Lichtbildern. In der nichtöffentlichen Hauptversammlung standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: Aussprache über den Geschäftsbericht, Rechenschaftsbericht, Voranschlag, Baumeisterzeitung und Anträge. Die seitherige Bundesleitung mit Oberamtsbaumeister Vatter an der Spitze wurde einstimmig für die nächsten zwei Jahre wiedergewählt.

**Stuttgart,** 15. Juli. (Kenntlichmachung der Schienenübergänge für den Kraftwagenverkehr.) Durch die neue Reichsverordnung über die Aufstellung von Warnungstafeln für den Kraftwagenverkehr vom 25. April 1925 wird der seit vielen Jahren von den Kraftwagenverkehrtreibenden erhobenen Forderung auf einheitliche Kennzeichnung der Wegübergänge Rechnung getragen. Bei der Reichsbahn-Gesellschaft ist, da erfahrungsgemäß weiß mit rot die am besten sichtbare Farbenzusammenstellung ergibt, angeregt worden, diese Farbenzusammenstellung auch für den Anstrich der Schrankenbäume zu verwenden. Für Württemberg bringt der Vorschlag keine wesentliche Neuerung. Nach den von der ehemaligen Generaldirektion der Württ. Staatseisenbahnen im Jahr 1907 erlassenen Vorschriften über einheitlichen Anstrich der Wegschranken, haben die Schlagbäume der Schranken bereits weißen Oelfarbanstrich und in der Mitte ein rot gestrichenes, ringsum laufendes Band von 60 cm Breite.

**Stuttgart,** 15. Juli. (Daimler-Benz.) Die Daimler-Motoren-Gesellschaft schreibt uns: Da uns mitgeteilt wurde, daß über unsere Firma zahlreiche unkontrollierbare Gerüchte umlaufen, stellen wir folgendes fest: Meinungsverschiedenheiten zwischen Aufsichtsrat und Vorstand bestehen nicht. Infolgedessen kann von einer Absicht des gesamten Vorstands, zurückzutreten, keine Rede sein. Die Gerüchte sind offensichtlich darauf zurückzuführen, daß bei den Firmen Benz und Daimler zurzeit ein Delegierter der Verwaltung tätig ist, der neben anderen Aufgaben die Frage prüft, ob und in welcher Form die bereits bei Abschluß des zwischen beiden Gesellschaften getätigten Interessengemeinschaftsvertrags in Aussicht genommene Fusion sich durchführen läßt.

**Stuttgart,** 15. Juli (Gewerbsmäßiger Einbrecher festgenommen) Am 9. Juli 1925 wurden in Stuttgart der 19jährige Artist Richard Umbach aus Cassel und der 20 Jahre alte Maler Franz Mihal aus Altenstadt wegen schweren Diebstahls zur Haft gebracht. Beide sind wegen Eigentumsvergehen mehrfach vorbestraft und betätigten sich nach ihrer erst im Juni 1925 erfolgten Strafentlassung als reisende Einsteigediebe. Während ihres dreitägigen Aufenthalts in Stuttgart hatten sie bereits in vier Fällen durch Einsteigen in offene Fenster in Villengegenden Schmuckſachen, Uhren und Kleidungsstücke im Wert von 1300 Mark erbeutet; 12 auswärts verübte Einbruchdiebstähle konnten durch ihre Festnahme ebenfalls aufgeklärt werden. Der größte Teil der hiesigen und auswärtigen Beute wurde beigebracht.

**Heilbronn,** 14. Juli. (Schadenfeuer.) Gestern abend brach in dem auf der Jagsttalhöhe liegenden staatlichen Hofgut Heuchlingen, das von der Zuckerfabrik Züttlingen pachtweise betrieben wird, ein Schadenfeuer aus. Es entstand in dem langgestreckten Stall- und Oekonomiegebäude, das in seinen oberen Räumen große Mengen Futtervorräte, Heu und Stroh in sich barg und infolgedessen auch eine reiche Nahrung und Ausdehnung fand. Das obere Stockwerk ist vollständig abgebrannt. Das Vieh konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden. Der Schaden ist bedeutend; er wird auf 40 000 Mk. geschätzt.

**Neckarsulm,** 15. Juli. Brandstiftung. — Elternliebe.) Den energischen Nachforschungen der Landjägerbeamten von Nochendorf und Neckarsulm ist es gelungen, als Brandstifter den auf dem Hofgut Heuchlingen als Hofschmied beschäftigt gewesenen 25 Jahre alten verh. Schmied Josef Pfob, gebürtig von Offenau, zu ermitteln. Pfob, der nach langem Leugnen die Tat eingestanden hat, wurde festgenommen und an das Amtsgericht eingeliefert. — An dem abgebrannten Viehstall waren 98 Schwalbennester angebaut, in denen sich noch verschiedene junge, des Fliegens unkundige Schwalben befanden. Je näher nun das Feuer den Nestern kam, desto ängstlicher umflatterten die Alten ihre Junge. Mit brennendem Gefieder umflogen sie ihre Nester, bis sie verbrannt tot zu Boden fielen und von einer nachstürzenden Wand begraben wurden.

**Tübingen,** 15. Juli. (Eine Eiergeschichte.) Auf dem Markt rieb sich ein Rößlein, wohl um die Langeweile zu vertreiben, mit der Schnauze an einem bis obenauf mit Eiern gefüllten Korbe, der auf einem Marktstande aufgestellt war. Der Korb mit all den vielen schönen Eiern kippte und der ganze Inhalt lag in wüstem Zustand am Boden.

**Altshausen,** 15. Juli. (80. Geburtstag.) Herzogin Maria Theresia von Württemberg, Ehrendame des bayerischen St. Elisabethen-Ordens, geborene Erzherzogin von Oesterreich, die Mutter des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg, feiert am 15. Juli den 80. Geburtstag. Sie ist die einzige Tochter des 1895 gestorbenen Feldmarschalls und Generalinspekteurs der österreichischen Armee Erzherzog Albrecht von Oesterreich und dessen Gemahlin Hildegarde (gestorben 1864), der vierten Tochter des Königs Ludwig I. von Bayern.

**Vom Allgäu,** 15. Juli. (Ertrunken.) In der Iller ertrank der 43jährige Apotheker Kuhn von Memmingen. Er wollte mit der Angel an einem Wehr fischen und war zu diesem Zweck die Böschung hinabgestiegen, wobei er ausglitt und ins Wasser stürzte. Zwei eben vorbeifahrende Radler konnten dem Verunglückten keine Hilfe bringen, da die Strömung ihn sofort mitriß und den Blicken entzog. Etwa 200 Meter abwärts bei der Fähre wurde eine halbe Stunde später der Ertrunkene geländet. Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg.

**Schillinghof,** OA. Welzheim, 15. Juli. (Wiege und Bahre.) Ein schwerer Unfall hat sich nachts zwischen Hellershof und Schadberg ereignet. Der mit zwei Kindern auf dem Heimweg begriffene Johann Köngeter von hier wurde abends oberhalb Schadberg von einem den Berg herabfahrenden Radfahrer, der ohne Laterne gefahren ist, so daß man ihn nicht beobachten konnte, überfahren. Durch den starken Anprall fiel der Verunglückte so stark auf den Hinterkopf, daß die Schädeldecke gebrochen ist, was den Tod des Mannes herbeiführte. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit acht unversorgten Kindern, von denen er am gleichen Tag auf dem Schultheißenamt das Kleinste anzeigte.

## Baden.

**Pforzheim,** 15. Juli. Die Lohnbewegung im Pforzheimer Schmuckwarengewerbe dürfte, was die äußeren Erscheinungen betrifft, heute Mittwoch ihren Höhepunkt erreicht haben. Auf heute Mittwoch waren die Arbeitnehmer vom Arbeitgeberverband aufgefordert worden, die Arbeit wieder aufzunehmen, da die Fernbleibenden als ausgeschieden betrachtet würden. Es war nun die Frage, was dieses Ultimatum bewirken werde. In der Presse war von den Arbeiterorganisationen für Mittwoch vormittag ½8 Uhr zu einer Versammlung auf dem Turnplatz und nachfolgendem Umzug aufgefordert worden und damit selbstverständlich zum Wegbleiben von der Arbeit. Am frühen Morgen konnte man zunächst beobachten, daß die Arbeiterzüge schwach besetzt einliefen. Dagegen strömten große Scharen zu Fuß und mit dem Rad nach der Stadt hinein, wo sich alsbald vor den Fabriken Gruppen bildeten, bei denen die Radfahrer stark vertreten waren. Gegen ½8 Uhr zogen die Gruppen nach dem Turnplatz, der aber die vielen Tausende von Menschen, Männer und Frauen, nicht zu fassen vermochte. Auch die benachbarten Zugangsstraßen waren bald Kopf an Kopf besetzt. Trotz der ungeheuren Ansammlung verlief alles ruhig und kam auch kein Unfall vor. Auf dem Turnplatz sprachen die Vertreter der Arbeiterorganisationen, die Herren Hamann, Schöttle, Herdecker, Kuhn. Soweit sie in dem Gedränge vernehmbar waren, führten die Redner aus, daß es den Arbeitern tatsächlich schlecht gehe und sie nur durch straffe Organisation eine Besserung ihrer Lage erzielen könnten, es seien aber von den 34 000 Arbeitern und Arbeiterinnen nur 7—8000 organisiert. Heute gelte es, den Zusammenhalt zu zeigen und festzubleiben, sonst werde man zum Gespött selbst jener Unparteiischen, die anerkannt hätten, daß die Lohnbewegung im Recht sei. Zahllose Menschen in Pforzheim und Umgebung hingen von dem Ergebnis der Lohnbewegung ab und seien mit den Arbeitern mehr oder weniger verbunden. Auch Regierung und Stadtverwaltung erkennten die Wichtigkeit der jetzigen Vorgänge und von Karlsruhe sei Dr. Engler vom Gewerbeaufsichtsamt zur Unterrichtung hier gewesen. Viele Festzüge seien in letzter Zeit in Pforzheim abgehalten worden; der heutige Zug sei ernster Art. Die Reden bewegten sich in gemäßigtem Tone. Nach ihnen löste sich vom Turnplatz der Umzug durch die Stadt los. Eine Schätzung, wieviel Personen an dem Zug teilnahmen, ist nicht möglich. Noch eine Viertelstunde, nachdem sich die Menschenschlange schon losgelöst und über die Goethebrücke und Simmlerstraße in Bewegung gesetzt hatte, war der Turnplatz noch Kopf an Kopf gefüllt. Die Kommunisten hatten die Gelegenheit benutzt, für sich Propaganda zu machen, und ließen mehrere Plakate mit Inschriften im Zug mittragen, wie „Nieder mit den Hunger- und Wucherzöllen", „Heraus mit den 7000 politischen Gefangenen" usw. — Der Zug, dessen Vorbeimarsch in Vierer- und Fünferreihen etwa eine Stunde dauerte, bewegte sich durch das Benckiserſche Industriegelände, Belfortstraße, Tunnelstraße, Luisenstraße, Luitgard-Unterführung, Kronprinzenstraße, Salierstraße, Zähringer Allee, Güterstraße, Anshelmstraße, Altstädterstraße schließlich zum Schulplatz, wo er sich auflöste. Der Umzug vollzog sich in Ruhe und Ordnung. Wo Rufe laut werden wollten oder Stockungen einzutreten drohten, griffen sofort die Ordner ein. Zur Beruhigung der Lage wird die Nachricht beitragen, daß der stellvertretende Vorsitzende der Pforzheimer Zweigstelle des Schlichtungsausschusses, Amtsrichter Schüh, die beiden Parteien auf Freitag zu neuen Verhandlungen eingeladen hat. Dem Bericht ist noch zuzufügen, daß in der Versammlung auf dem Turnplatz auch mitgeteilt wurde, daß nach einem eingelaufenen Telegramm aus Hanau dort vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt wurde, der bis zum 15. September einen Lohn von 68 Pfg. und von da an einen solchen von 70 Pfg. vorsieht. (Pforzh. Anz.)

## Vermischtes.

**Raubüberfall auf eine Klavierlehrerin.** Bei einer Klavierlehrerin in der Lehrter Straße in Berlin bat Dienstag nachmittag ein junge Bursche um Klavierunterricht. Im Laufe der Besprechung schlug der Bursche der Lehrerin plötzlich auf den Kopf, packte sie am Halse und riß sie zu Boden. Die Klavierlehrerin setzte sich heftig zur Wehr und schrie um Hilfe. Der Räuber flüchtete darauf, wurde jedoch ergriffen und der Polizei übergeben. Er wurde als ein 21jähriger, aus Warschau gebürtiger arbeitsloser Bursche namens Franiecki festgestellt, der wohnungslos in Berlin umherzieht. Bei ihm fand man eine geladene Pistole. Offenbar hatte er die Absicht, die Lehrerin auszurauben.

**Großfeuer in Straßburg.** Dienstag nachmittag brach in Straßburg in einem Filmlager ein Brand aus. Die Bewohner des Hauses konnten sich retten. Der Besitzer, der 60jährige Pfaff, versuchte während des Brandes in das Haus einzudringen, um seine Schmuckgegenstände zu retten. Dabei wurde er durch den Rauch betäubt und verbrannte. Seine beiden Enkel, die erst im letzten Augenblick gerettet werden konnten, erlitten schwere Rauchvergiftungen. Das Gebäude brannte bis auf die Umfassungsmauern vollständig nieder.

## Handel und Verkehr.

**Schweinepreise.** Bopfingen: Läufer 50—65, Saugschweine 25 bis 35 Mar. — Crailsheim: Läufer 65—85, Milchschweine 24—41 Mark. — Kirchheim u. T.: Milchschweine 35—45, Läufer 80—100 Mark. — Riedlingen: Milchschweine 35—42, Mutterschweine 190 bis 210 Mark. — Tuttlingen: Milchschweine 28—32 Mark.

**Fruchtpreise,** Aalen: Kernen 13—13.50, Weizen 13—14, Roggen 11—12.30, Gerste 12.70—13, Haber 11—12.10 Mark. — Heidenheim: Weizen 13, Roggen 11.50, Haber 11.80 Mark. — Nördlingen: Weizen 12.50, Roggen 11.50, Gerste 11.10, Haber 11.50, Lein 15

**Gelegenheit zu sparen** haben Sie am besten, wenn Sie Ihren Bedarf in **Anzügen, Mänteln, Gummimänteln, Lodenjoppen, Windjacken u. Arbeitshosen** bei mir decken.
**Franz Gratz, Herren- u. Burschenkonfektion, Pforzheim, Leop.-St. 78, 1 Tr.**

# Dunkle Mächte.

8] Kriminal-Roman von **Friedr. L. Zöllner.**

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1925.

### 3. Kapitel.

Am nächsten Morgen war er schon zeitig aus den Federn.

Er hatte schlecht geschlafen und fühlte sich müde und unlustig zur Arbeit. Deshalb beschloß er, zunächst sich durch einen Spaziergang in den Tiergarten etwas zu erfrischen.

Er nahm Hut und Stock und verließ seine Wohnung.

Unterwegs beschäftigten sich seine Gedanken plötzlich wieder mit dem Bild des jungen Mädchens, das er gestern kennen gelernt hatte, und halb unbewußt fühlte er den brennenden Wunsch, sie wiederzusehen. Er kannte eine kleine Kapelle, die sich unmittelbar in der Nähe der Wohnung des Kommerzienrates befand.

Ob das junge Mädchen vielleicht dort zu finden war, wenn er jetzt hinging.

Die Zeit stimmte, wie er sich durch einen Blick auf seine Uhr überzeugte. Wenn er sich beeilte, traf er Fräulein Scharwächter noch an, vorausgesetzt, daß sie wirklich die Kapelle zu besuchen pflegte.

Mit einem leichten Kopfschütteln über sich selbst nahm er die entsprechende Richtung und befand sich fünf Minuten später an Ort und Stelle.

Das Gotteshaus befand sich mitten zwischen den Häusern der Straße eingekeilt, für den, der nichts davon wußte, kaum kenntlich. Einige Stufen führten zur Tür hinauf.

Er trat ein und stand gleich darauf in dem kleinen, von buntgefaßten Glasfenstern nur spärlich erhellten Raum, der ihm zunächst völlig leer erschien. Erst nach einiger Zeit hatten sich seine Augen so an das Halbdunkel gewöhnt, daß er in einer Seitennische eine Frauengestalt zu unterscheiden vermochte, die ganz in ihre Andacht versunken zu sein schien.

Er erkannte sie sofort, und sein Herz begann schneller zu schlagen.

Es war Elli Scharwächter, die dort kniete.

Einen Augenblick war er unschlüssig, was er tun sollte, dann aber begann er, die an den Wänden angebrachten, vom Alter fast unkenntlich gewordenen Oelgemälde zu betrachten, wobei er ab und zu einen verstohlenen Blick zu der Betenden hinüberwarf.

So kam er bis zu der Nische, die derjenigen, in der das junge Mädchen kniete, gegenüberlag, und wieder flogen seine Augen über den kurzen Zwischenraum hinweg zu ihr hinüber.

Da veränderten sich plötzlich seine Züge. Schreck und ungläubiges Staunen, mit Zweifel und verständnislosen Fragen gemischt, malte sich in seinen erstarrten Mienen.

Neffte ihn denn ein Spuk?

War er plötzlich nicht mehr Herr seiner Sinne?

Die junge Dame dort drüben — sie mußte doch Elli Scharwächter sein. Es war dasselbe Kleid, das sie gestern getragen, dasselbe liebreizende Gesicht, die Fülle goldglänzenden Haares, auf das augenblicklich die Sonne durch das Purpurgold eines gemalten Fensterheiligen einen blutroten Schein warf.

Und dennoch war sie es nicht!

Elli Scharwächter war doch ein jugendfrisches Geschöpf, deren Augen von Frohsinn und jugendlicher Lebenslust sprachen, ihre Gestalt war schlank und biegsam wie die Tannen draußen im Wald — dort aber, drüben in der halbdunklen Nische, saß eine wie zu Stein erstarrte Schönheit, deren Augen mit einem fast grauenerregenden Ausdruck von Leblosigkeit vor sich hinstarrten.

Und doch — es mußte Elli Scharwächter sein.

Die Aehnlichkeit in jeder Linie des Körpers, die Kleidung, die einzelnen Züge des hübschen Gesichtes, die Farbe des Haares — alles war in seiner Uebereinstimmung zu täuschend, um einer anderen gehören zu können.

Nur die seltsame, unheimliche Starre paßte nicht zu dem Bilde, das er von der Tochter des Kommerzienrats seit gestern mit sich trug.

Regungslos verharrte er an der Stelle, wo er stand, unfähig, in seiner jähen Ueberraschung einen klaren Gedanken zu fassen.

In kaum zu bezwingender Erregung wartete er auf den Augenblick, in dem sich dies Rätsel auf irgend eine Art und Weise entschleiern würde.

Einige Minuten vergingen so, dann erhob sich das junge Mädchen drüben und verließ, ohne rechts oder links zu blicken, die Kapelle.

Jetzt war kein Zweifel mehr möglich.

Es war Elli Scharwächter.

Die seltsame Starre war verflogen, der leere Ausdruck aus ihren Augen gewichen.

Einen Augenblick war der Detektiv versucht, an seinen eigenen Sinnen zu zweifeln.

Hatte er denn vorhin geträumt?

Hatte ihm seine Phantasie Bilder vorgegaukelt, die in Wirklichkeit gar nicht vorhanden waren?

War es vielleicht auch ein Traum, ein Spukbild seiner erregten Sinne, daß eben erst Elli Scharwächter an ihm vorübergegangen war?

Mit einem hastigen Griff nahm er seinen Hut, den er vorhin auf die Bank neben sich gelegt hatte und stürmte hinaus.

Es dauerte keine halbe Minute, bis er die Gestalt des jungen Mädchens entdeckt hatte.

Er eilte hinterher.

Er mußte sich überzeugen, wieviel von seinem rätselhaften Erlebnis Wirklichkeit war.

Noch ehe Elli Scharwächter die Straße erreicht hatte, in der die elterliche Villa lag, war er an ihrer Seite.

Grüßend zog er den Hut.

„Guten Morgen, gnädiges Fräulein!"

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Mark. — Leutkirch: Roggen 11, Gerste 11—14, Haber 14—15, Dinkel 9.50 Mark. Riedlingen: Gerste 10.50—11, Haber 12.50, Vesen 8.70 Mark pro Ztr.

## Neueste Nachrichten.

**Stuttgart,** 15. Juli. Der Geschäftsordnungsausschuß des Landtags behandelte in seiner gestrigen Sitzung die Haftentlassung des kommunistischen Abg. Schneck. Der Antrag auf Haftentlassung wurde einstimmig angenommen. Strafverfolgungsgesuche gegen die Abgg. Dr. Schumacher, Ulrich, Göhring und Mergenthaler wurden nicht genehmigt. Weitere Gesuche auf Strafverfolgung in einem Falle gegen den Abg. Göhring, in drei Fällen gegen den Abg. Ernst Schumacher und in zwei Fällen gegen den Abg. Stäbler werden zur Berichterstattung verteilt. Ebenso wird das Gesuch auf Strafvollstreckung gegen den Abg. Haller behandelt.

**München,** 15. Juli. Als letztes Glied der deutschen Verkehrs-Ausstellung München 1925 wurde heute die Luftfahrzeugausstellung mit einem Festakt eröffnet. Namens des Verbandes deutscher Luftfahrzeugindustrieller übergab Herr von Kohler die Ausstellung der Leitung der Deutschen Verkehrsausstellung mit einer Ansprache, in der er in schärfster Weise gegen die Luftfahrtnote der Entente, ihre Begründung und ihre unannehmbaren Forderungen Stellung nahm. Namens des Präsidiums der Deutschen Verkehrsausstellung übernahm Staatssekretär Dr. Ritter von Frank die Luftfahrzeugausstellung. Die Ausstellung solle ein Symbol zum Avancieren sein und die Begeisterung für die Luftfahrtförderer, die wir gerade in dieser Zeit um so notwendiger brauchen, als die Gegner danach trachten, uns härter und tiefer in ihre Frohn zu zwingen.

**Essen,** 15. Juli. Die Verwaltung der Zeche Adler hat heute der Belegschaft durch Anschlag zur Kenntnis gebracht, daß sie infolge der andauernden Verschlechterung der Absatzverhältnisse gezwungen sei, den Betrieb einzustellen und der gesamten Belegschaft zum 31. Juli zu kündigen. Von der Kündigung werden etwa 600 Arbeiter und 40 Angestellte betroffen.

**Berlin,** 15. Juli. Wie der Vorwärts erfährt, wird die Umbenennung der Budapester- und Sommerstraße in Friedrich-Ebert-Straße noch Ende dieser Woche erfolgen. Die neuen Straßenschilder sind bereits in Arbeit und die ersten von ihnen werden am Samstag angebracht werden.

**Berlin,** 15. Juli. Für den morgigen Tag ist der Beirat für das Luftfahrtwesen vom Leiter der Abteilung Luft- und Kraftfahrwesen des Reichsverkehrsministeriums nach Berlin zu einer Sitzung einberufen, um zu der Luftfahrtnote der Botschafterkonferenz Stellung zu nehmen. In der Oeffentlichkeit ist der seit einem Jahr bestehende Beirat noch nicht in die Erscheinung getreten. Es ist morgen die erste Sitzung, zu der er berufen wird.

**Berlin,** 15. Juli. Die Obleute der Gemeinde- und Staatsarbeiter haben nach einer längeren Beratung beschlossen, daß die von der Direktion der Gas- und Wasser-Werke vorgeschlagene Lohnerhöhung von 4 Pfennig ab 1. August als unzureichend zu betrachten sei. Gleichzeitig wurde beschlossen, sich in diesem Konflikt noch einmal an das Reichsarbeitsministerium zu wenden. Am Donnerstag abend wird noch einmal eine große Funktionärversammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter stattfinden, in der vermutlich die endgültige Entscheidung fallen wird.

**Wien,** 15. Juli. Von unterrichteter Stelle wird die Meldung von einer Vorbereitung der Aufhebung des Paßvisums im Verkehr mit Deutschland bestätigt. Der Termin der Aufhebung ist noch nicht bekannt.

**Paris,** 15. Juli. „Echo de Paris" teilt mit, daß der Kriegsminister beschlossen hat, Freiwillige für Marokko einzustellen.

**Peking,** 15. Juli. Der neue amerikanische Gesandte in China, Mac Murray, suchte heute vormittag den Präsidenten der chinesischen Republik, Tuantschijui, auf und gab nach Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens eine formelle Erklärung über die amerikanische Politik in China ab.

### Württembergischer Landtag.

**Stuttgart,** 15. Juli. Der Landtag befaßte sich in seiner heutigen Beratung des Kultetats mit den höheren Schulen. Bedeutungsvolle Ausführungen des Abg. Dr. von Hieber leiteten die Aussprache ein, der erklärte, das Ministerium habe von der Ermächtigung, wonach schon nach dreijährigem Grundschulbesuch der Uebertritt in die höheren Schulen erfolgen kann, einen allzu großen Gebrauch gemacht. Die Schülerzahl an den höheren Schulen habe in wenigen Jahren um 50 Prozent zugenommen. Der Gefahr der Entleerung der Volksschule müsse man durch Schaffung von Uebergangsklassen vorbeugen. Dr. von Hieber wandte sich dann gegen die Kritik des Professors Dr. Haller in Tübingen an den höheren Schulen und nannte seine Vorwürfe unerhört. Die Ereignisse der letzten Zeit hätten ihre Wirkung auch auf die Jugend nicht verfehlt, die selbstverständlich andere Bedürfnisse, Neigungen und Bestrebungen habe, als die Jugend vor 20 und 50 Jahren. Wo Mangel an Autorität sich zeige und Unlust zur Arbeit, dürfe man es an der Gegenwirkung nicht fehlen lassen. Nur noch zwei Drittel der Abiturienten gingen an die Universität und die Bedeutung des Abiturientenzeugnisses habe sich dadurch geändert. Schule und Universität hätten sich zwar nacheinander zu richten, aber die höhere Schule habe nicht der Universität zu dienen. Der Abg. Heymann (Soz.) setzte sich für die Einheitsschule ein und verlangte eine Entscheidung in der Lehrerbildungsfrage. Der Abg. Dr. Schermann (Ztr.) begründete einen Antrag auf Gewährung von Staatsmitteln für Schulhausbauten an bedürftige Gemeinden, trat der Auffassung entgegen, daß das Proletariat aus der Kulturgemeinschaft ausgeschlossen sei und sah einen ganz verfehlten Elternstolz in dem Glauben, daß nur der Besuch der höheren Schule bürgerlich gleichberechtigt mache. Der Abg. Brönnle (Komm.) wandte sich gegen die Prügelpädagogik, der Abg. Steger (Völk.) besprach die obligatorische Schülerunfallversicherung, der Abg. Dr. Beißwänger (BP.) verteidigte Professor Dr. Haller und erklärte, er sehe nicht ein, warum man die begabten Kinder am Aufstieg hindern soll. Vor einem zu großen Andrang zu den höheren Schulen müsse man allerdings warnen. Präsident von Bälz betonte, daß man sich in der Frage der Schulhausbauten an das Finanzministerium wenden müsse. Gegen den großen Andrang zu den höheren Schulen sei man machtlos, es gebe da keine andere Auslese als die Prüfung. Professor Dr. Haller hätte sich mit seiner Auffassung an die Behörden wenden sollen, denn nur auf dem Weg der persönlichen Aussprache könne man derartige Dinge erörtern und beilegen. Es sei unglaublich, mit wie viel Wünschen zur Einführung neuer Stoffe man an die Oberschulbehörden herantrete. Den Deutschen stecke immer noch die einseitige Ueberschätzung der reinen Verstandesbildung und Wissensansammlung im Blute. Für alles wolle man gleich einen neuen Lehrstuhl und Spezialisten schaffen. Es sei verfehlt, die jungen Leute zu Konversationslexika machen zu wollen. Man müsse die sittliche und geistige Kraft wecken, den Verstand, das Denkenlernen und den Willen erziehen. Schließlich wurden die Kap. 55—61 angenommen. Ein Antrag Heymann (Soz.) auf Lösung der Lehrerbildungsfrage durch Umwandlung von Lehrer- und Lehrerinnenseminare zu höheren Schulen mit Hochschulreife bzw. zu pädagogischen Akademien wurde mit 24 Ja-Stimmen gegen 17 Nein-Stimmen (Bauernbund) und 13 Enthaltungen (BP., Ztr., DVp.) abgelehnt; angenommen wurde der Antrag Schermann und mit 27 gegen 25 Stimmen ein Antrag Rath (DVp.), zehn weitere Volksschulrektoren in Gruppe X einzustufen. Morgen Vormittag wird die Beratung des Kultetats fortgesetzt.

### Zur Räumung des Ruhrgebiets.

**Essen,** 15. Juli. Ueber die im Gang befindliche Räumung des Ruhrgebiets wird folgende Nachricht verbreitet: Die Stadtverwaltung Herne teilt mit, daß Herne am 16. 7. geräumt wird. Aus Hattingen wird gemeldet: Eine Kompagnie der französischen Besatzung ist in der vergangenen Nacht abgerückt. Die Angehörigen der Besatzungstruppen haben Hattingen verlassen. Sämtliche Wohnungen sind der Stadt zurückgegeben worden. Die vollständige Räumung Hattingens ist gegen Ende der Woche zu erwarten. Die Truppen kommen nach Ludwigshafen. Aus Osterfeld wird berichtet: Die Besatzung von Osterfeld hat die Waffen der Zivilbevölkerung, soweit diese noch vorhanden waren, an die Stadtverwaltung zurückgegeben. Die Waffen dürfen vor dem 15. August nicht ausgehändigt werden. Die Ortskommandantur Sterkrade hat in Osterfeld eine Bekanntmachung erlassen, daß Ansprüche auf Schadenersatz innerhalb von acht Tagen nach dem Abrücken an die Generalkommandantur Duisburg zu stellen seien.

### Deutscher Reichstag.

**Berlin,** 15. Juli. In der heutigen Sitzung des Reichstags liegt eine Eingabe von 466 000 Unterschriften auf dem Tisch des Hauses, der den Zweck verfolgt, den Gemeinden das Recht der Einschränkung der Schankstätten zu verleihen. Als erster Punkt wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Errichtung der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt, die zur Gewährung und Beschaffung von Krediten an die deutsche Landwirtschaft gegründet werden soll, auf die Tagesordnung gesetzt. Der Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung, Graf Kanitz, setzt sich für die Annahme des Entwurfes ein und weist dabei auf die Belastung der Landwirtschaft durch die Dawesgesetze und darauf hin, daß die Landwirtschaft durch die Inflation ihr Betriebskapital verloren habe. Deshalb müsse hier die Kreditanstalt eingreifen. Vornehmlich sollten zunächst Personalkredite gegeben werden, die bis 1930 laufen sollten. Außerdem werde sich die Anstalt bemühen, langfristige Auslandskredite für die Landwirtschaft hereinzubekommen. Vor allem verfolge sie aber den Zweck, zur Intensivierung und zur Produktionsförderung der Landwirtschaft beizutragen. Abg. Schmidt-Köpenick (Soz.) begründet Anträge seiner Partei, die u. a. wünschen, daß die Personalkredite nur bis zum 31. 12. 1928 gewährt werden. Außerdem wird eine andere Zusammensetzung des Verwaltungsrats verlangt, insbesondere mehr Arbeitnehmervertreter. Die Zahl der Mitglieder der Anstaltsversammlung soll von 110 auf 130 erhöht werden und zwar zugunsten der landw. Arbeitnehmer. Namens der Kompromißparteien gibt Abg. Dietrich-Prenzlau (Dn.) eine Erklärung ab, in der der Vorlage zugestimmt und die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs begründet werden. Abg. Hörnle (Komm.) wendet sich gegen die Errichtung der Bank, da andere Wirtschaftszweige erheblich kreditbedürftiger seien als die Landwirtschaft. Abg. Rönneburg (Dem.) erklärt trotz mancherlei Bedenken die Zustimmung seiner Partei zu der Vorlage, betont aber, daß notwendiger als Kredite für die Landwirtschaft die Schaffung erträglicher Zinssätz sei. Abg. Schröder-Mecklenburg (Völk.) warnt vor übertriebenen Hoffnungen, da von den 500 Millionen erst 200 vorhanden seien. Seine Partei werde dem Gesetz aber zustimmen. Damit schließt die allgemeine Aussprache; die Abstimmungen werden später vorgenommen. Nachdem in der Einzelaussprache Frau Sender (Soz.) nochmals für die sozialdemokratischen Anträge eingetreten ist, ist die zweite Beratung des Gesetzentwurfs erledigt und das Haus wendet sich der dritten Lesung des Hypothekenaufwertungsgesetzes zu. Die Debatte, die sich wieder sehr in die Länge zieht, bringt nichts Neues mehr. In der Hauptsache nehmen dieselben Abgeordneten der Oppositionsparteien das Wort, um die in der zweiten Lesung bereits abgelehnten Anträge wieder einzubringen und zu begründen. Einem Antrag der Völk. Arbeitsgemeinschaft gegenüber, die Verkündung des Aufwertungsgesetzes auf Grund des Art. 72 der Reichsverfassung um zwei Monate auszusetzen, bringen die Kompromißparteien einen Eventualantrag ein, daß im Falle der Annahme dieses völkischen Antrags das Hypothekenaufwertungsgesetz für dringlich erklärt wird. Die Einzelabstimmung ergibt die Aufrechterhaltung der Kompromißvorlage. In der namentlich vorgenommenen Schlußabstimmung stimmt das Haus mit 230 gegen 197 Stimmen bei 1 Enthaltung der Kompromißfassung über die Aufwertung der Hypotheken und sonstiger Ansprüche zu. Um 9 Uhr abends wird die Beratung auf 20 Minuten vertagt, um den Parteien Gelegenheit zu geben, zu dem völkischen Antrag auf Aussetzung der Verkündigung des Gesetzes Stellung zu nehmen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung gibt Präsident Löbe bekannt, daß das Hypothekenaufwertungsgesetz mit einfacher und nicht mit zwei Drittel-Mehrheit angenommen wurde. Es entspinnt sich dann eine längere Debatte über den Antrag der Aussetzung der Verkündung des Gesetzes um zwei Monate, wobei sich Abg. Bredt (Wirt. Ver.) gegen den sozialdemokratischen Versuch wendet, dem Reichspräsidenten die Schuld für die Aufwertungsgesetze zuzuschieben. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Aussetzung der Gesetzesverkündung mit 169 gegen 249 Stimmen angenommen, worauf Präsident Löbe feststellt, daß damit die erforderliche Zahl von ⅔ erreicht sei. Der Kompromißeventualantrag, das Aufwertungsgesetz als dringlich zu bezeichnen, wird dann in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten bei Stimmenthaltung der Demokraten angenommen, womit der angenommene Antrag auf Aussetzung der Verkündung gegenstandslos geworden ist, sodaß das Gesetz nunmehr umgehend verkündigt werden dürfte. Die nächste Sitzung findet Donnerstag nachmittags 1 Uhr statt, in der die dritte Beratung des Gesetzentwurfs über die Ablösung öffentlicher Anleihen auf der Tagesordnung steht.

### Die Berliner Presse zur Annahme des Hypothekenaufwertungsgesetzes.

Zu der Annahme des Hypothekenaufwertungsgesetzes im Reichstag schreiben die Blätter, die Entscheidung über das Gesetz, das vom Reichstag und vom Reichsrat für dringlich erklärt worden sei, liege nunmehr bei dem Reichspräsidenten, der einen Monat Zeit habe, ehe er nach der Verfassung das Gesetz verkünden müsse. Der Reichspräsident habe es auch in der Hand, das Gesetz zum Volksentscheid zu bringen oder abzuwarten, ob ein Antrag auf Volksentscheid zustandekomme. Dieser müsse aber von einem Zwanzigstel der Stimmberechtigten beantragt werden. Die „Voss. Ztg." wirft die Frage auf, ob die Aufwertungsgesetze nicht zu solchen Gesetzen gehören, die die Reichsverfassung dem Volksentscheid weitgehend entzieht. Art. 73 der Verfassung besage, daß u. a. über Abgabengesetze nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen könne. Das Blatt kommt aber zu dem Ergebnis, daß es nicht möglich sei, die Lasten, welche die Aufwertungsgesetze auferlegen, unter den Begriff „Abgabe" im Sinne der Reichsverfassung zu bringen.

### Einigung über die Paknote.

**Berlin,** 15. Juli. Das Reichskabinett ist heute über alles Erwarten schnell mit den Beratungen über die sogenannte Zwischennote fertig geworden. Schon nach kaum zweistündiger Sitzung hat man die Erklärung ausgeben können, man sei über den Inhalt der Note einig, wie man letzthin über die Grundlinien einig geworden war. Es hat im Augenblick wohl nicht viel Sinn, darüber zu grübeln, ob und welche Auseinandersetzungen zwischen den Kabinettsmitgliedern dieser Einmütigkeit vorausgegangen sind. Offiziös und offiziell wird von allen Seiten betreuert, daß man in der gestrigen Kabinettssitzung sich nur mit dem Knappschaftsgesetz und ähnlichen wenig aufregenden Materien befaßt habe. Die Hauptsache bleibt schließlich, daß man des rechten Weges nun sich bewußt ist und bereit scheint, ihn wenigstens in äußerlicher Eintracht zu wandeln. Die nächsten Tage sollen dazu benutzt werden, die Antwortnote den verschiedenen einheimischen Gremien vorzulegen, die vor der Absendung zu befragen man sich verpflichtet hatte. Am Donnerstag nachmittag wird man zuerst die Regierungsparteien, dann Sozialdemokraten, Deutschdemokraten und Wirtschaftspartei unterrichten. Am Freitag vormittag soll die Aussprache im Auswärtigen Ausschuß erfolgen. Nachmittags wird sich daran die Konferenz mit den Ministerpräsidenten schließen. In den Kreisen der Regierung nimmt man einstweilen nicht an, daß aus diesen Besprechungen und Beratungen noch wesentliche Anstände sich ergeben werden. Noch am Freitag abend hofft man das Kabinett sozusagen zur Schlußredaktion einberufen zu können. Am Samstag soll die Note dann übergeben werden. Die außenpolitische Debatte im Plenum wird, wie nunmehr feststeht, in der Mitte der nächsten Woche vor sich gehen. Man wird darin, wenn man will, vielleicht einen Erfolg des Außenministers sehen können. Dr. Stresemann vor allem hat diese offene Feldschlacht gewünscht, der Kanzler hat ihr bis in die letzten Tage zunächst noch aus dem Wege gehen wollen. Nun aber ist das Kabinett sich einig, die Initiative und Führung zu ergreifen. Die Sitzung, die der außenpolitischen Aussprache gewidmet ist, soll mit der bekannten Tagesordnung einberufen werden: „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung". Man rechnet damit, daß die sozialdemokratische Interpellation mit dieser Aussprache sich verbinden lassen wird. Optimisten meinen, die außenpolitischen Dinge könnten so in der nächsten Woche bereinigt sein. Im allgemeinen neigte man jedenfalls heute im Reichstag dazu, die Lage wesentlich beruhigter anzusehen. Von den Deutschnationalen wurde behauptet, daß sie in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit durchaus friedlich und krisenabhold gesinnt seien, und führte die Falschmeldungen über dramatische Zwischenfälle in der gestrigen Kabinettssitzung auf Dr. Wirth zurück. Man wird das als Stimmungssymptom zu verzeichnen haben, ohne darüber zu vergessen, daß es im Parlament, auch in einem so abgemattet und zermürbten, wie diesem Hochsommer-Reichstag, immer noch anders kommen kann. Der weiteren Entwicklung der Paktunterhandlungen sieht man im Außenministerium mit einiger Gelassenheit entgegen. Man nimmt an, daß an die deutsche Note, die ja nicht nur eine Empfangsbestätigung enthalten soll, vielmehr auf verschiedene Fragen in ernster Sachlichkeit eingeht, zunächst ein recht lebhafter Meinungsaustausch zwischen Paris und London sich anknüpfen wird. In diesem Meinungsaustausch wird dann vermutlich die Frage geklärt werden, ob und wann es zu einer internationalen Konferenz über das Problem kommt. Der deutschen Regierung scheint jetzt im Gegensatz zu ihrer früheren Auffassung an einer beschleunigten Regelung dieser Dinge zu liegen.

### Kurze Unterbrechung der Verhandlungen mit Polen.

**Berlin,** 15. Juni. Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen dürften, wie die „Tägl. Rundschau" von diplomatischer Seite erfährt, auf kurze Zeit unterbrochen werden. Der Führer der polnischen Delegation ist nach Warschau abgereist. Auf die Note der deutschen Handelsdelegation wird in allerkürzester Frist eine Antwort erteilt werden, die die vorübergehende Unterbrechung mit der Notwendigkeit neuer Instruktionen begründet. In Kreisen der polnischen Handelsdelegation legt man vor allem Wert auf die Regelung der Vieh- und Schweine-Einfuhr, weil in der Kohlenfrage eine Einigung erzielt werden könnte. Jedenfalls sei die polnische Delegation gewillt, die Verhandlungen fortzuführen.

### Der Verein deutscher Zeitungsverleger in Danzig.

**Danzig,** 15. Juli. Gestern waren die hier anwesenden Mitglieder des Vereins Deutscher Zeitungsverleger Gäste des Danziger Senats im Artushof. Der stellvertretende Senatspräsident Dr. Ziehm begrüßte die Gäste und sagte, für Danzig bedeute die Presse ein wichtiges Band der deutschen Kulturgemeinschaft. Danzig erhielt sich sein Deutschtum durch alle Epochen seiner bewegten und wechselvollen Geschichte. In Danzig werde auch der Gedanke des Völkerbundes praktisch erprobt. Es könne aber nicht geleugnet werden, daß bisher der Völkerbund Danzig manche Enttäuschung bereitet habe. Man brauche nur die beiden Worte Munitionshafen und Postkonflikt zu nennen. Wenn die deutsche Presse für die Lage Danzigs Verständnis zeige und das deutsche Volk darüber richtig und ständig unterrichte, dann leiste sie Danzig einen seiner Entwicklung förderlichen Dienst. In seiner Erwiderung führte der Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Kommerzienrat Dr. Krumbhaar, aus, daß es den Zeitungsverlegern als heilige Pflicht erschienen sei, dem Ruf der Danziger Freunde Folge zu leisten. Die prächtige alte Stadt Danzig war deutsch von Anfang an; deutsch sei sie unter den veränderten politischen Verhältnissen auch heute; deutsch werde sie bleiben!

### Der „Peuple" zur Räumung des Ruhrgebiets.

**Brüssel,** 15. Juli. Der „Peuple", das Organ Vanderveldes, schreibt zu der bevorstehenden Rückkehr der belg. Besatzungstruppen aus dem Ruhrgebiet in ihre belgischen Garnisonen: Damit geht ein Abenteuer zu Ende, das so viel Leiden und so viel Zerstörung in Belgien und in Deutschland hervorgerufen hat und die Wiederherstellung des Friedens in gefahrdrohender Weise verzögerte. Die Räumung der Ruhr stellt den Sieg der demokratischen Ideen und des Friedenswillens über die Mächte des Krieges dar. Sie wird bei allen mit Freude begrüßt werden, die am Wiederaufbau Europas und an der Schaffung einer wirklichen Sicherheit gearbeitet haben. Man hat allen Grund zu glauben, daß der Abmarsch der belgischen Truppen aus der Gegend von Düsseldorf wenige Tage nach der Räumung der letzten besetzten Städte des eigentlichen Ruhrgebiets erfolgen wird. Köln wird in dem Augenblick geräumt werden, in dem Deutschland alle seine Entwaffnungsverpflichtungen erfüllt haben wird. Es besteht guter Grund für die Annahme, daß dieser Augenblick nicht mehr fern ist.

### Anfragen im Unterhaus.

**London,** 16. Juli. Im Unterhaus wurde gestern auf eine Anfrage über die Gründe des Austritts des französischen Gesandten aus der Pekinger Gesandtschaftskommission mitgeteilt, daß der Gesandte sich infolge von Meinungsverschiedenheiten zurückgezogen habe, die bei den kürzlich abgehaltenen Erörterungen zwischen den diplomatischen Vertretern entstanden seien. — Auf eine Anfrage Kennworthys über die Entsendung britischer Kriegsschiffe nach russischen Gewässern erwiderte Bridgeman, eine solche sei nicht beabsichtigt. — Auf Anfragen bezügl. der britischen Antwort auf die spanische Tangernote erwiderte Chamberlain, die britische Regierung habe erwidert, daß sie die ihr durch die Tangerkonvention auferlegten Verpflichtungen bei der Unterdrückung des Schmuggelhandels in den Territorialgewässern mitzuwirken, durchführen werde, es jedoch vorziehe, nicht an irgend einer Aktion außerhalb dieser Gewässer teilzunehmen. Sie könne auch nicht der Forderung zustimmen, daß die Territorialgewässer über die Dreimeilengrenze hinausgingen. Die britische Regierung sei gegen den Vorschlag der Entsendung einer Truppenabteilung nach Tanger, da sie der Ansicht sei, daß dies, statt den Angriff der Rifstämme auf die Stadt zu verhindern, ihn möglicherweise herausfordern könne.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

# Bauhandwerkerkurse.

Nach der Bekanntmachung des Landesgewerbeamts vom 7. Juli 1925 — „Staatsanzeiger" Nr. 160 — beginnen die diesjährigen Kurse an den Bauhandwerkerschulen in Biberach, Reutlingen und Hall am Donnerstag, den 1. November d. J., vorm. 9 Uhr. Aufnahmegesuche sind bis **10. September ds. Js.** an die Bauhandwerkerschulen zu richten. Näheres kann bei den (Stadt-)Schultheißenämtern in Erfahrung gebracht werden.

**Neuenbürg**, den 14. Juli 1925. **Oberamt:** Lempp.

# Amtsgericht Neuenbürg.

Eintragung in das Handelsregister, Abt. f. Ges.-Firmen, vom 13. Juli 1925: **Siedelungsverein Birkenfeld**, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, **Sitz Birkenfeld**. Gegenstand des Unternehmens ist, auf gemeinnütziger Grundlage und unter vorzugsweiser Berücksichtigung von Kriegsteilnehmern und kinderreichen Familien Heimstätten für die minderbemittelte Bevölkerung in Birkenfeld zu errichten und alle damit zusammenhängenden Geschäfte zu betreiben. Das Arbeitsgebiet des Vereins erstreckt sich auf diejenigen Gemeinden des Oberamts Neuenbürg, welche Mitglieder der Gesellschaft sind. Das Stammkapital beträgt 8400 Reichsmark. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. März 1925 abgeschlossen worden. Die Gesellschaft wird durch einen oder mehrere Geschäftsführer gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so sind je zwei Geschäftsführer gemeinsam oder ein Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft und zur Zeichnung ihrer Firma ermächtigt. Geschäftsführer ist: Rudolf Bürkle, Ratsschreiber in Birkenfeld.

# Bekanntmachung.

Das **Sammeln von Waldbeeren** im **Gemeindewald Loffenau** ist nur hiesigen Einwohnern gestattet, also für Auswärtige

**verboten.**

Bei Uebertretung erfolgt Bestrafung nach Art. 22 des Forstpol.-Ges. und Abnahme der gesammelten Beeren.

**Loffenau**, den 14. Juli 1925.

**Schultheißenamt:** Keim.

Für den hiesigen Platz haben wir die **Vertretung** für unseren ges. gesch.

**Seifenspender**

und **flüssige Seife** zu **vergeben.**

Nur arbeitsfreudige, zuverlässige Herren, die ev. Kaution stellen können, wollen Offerte einreichen unter **Nr. S. R. 5047** an **Rud. Mosse, Stuttgart.**

# Schweine-Verkauf.

Bringe **Samstag vormittag von 10 Uhr ab** auf dem **Marktplatz** in **Neuenbürg**

**Ia Milch- und Läufer-Schweine**

zum Verkauf, wozu ich Kaufliebhaber freundlichst einlade. Gekaufte Schweine werden auf Wunsch ins Haus gebracht, wenn nötig werden auch günstige Zahlungsbedingungen gestellt.

**Ernst Buchter**, Schweinehändler,
Telefon Nr. 3.

# Piano,

gebraucht, fast wie neu, preiswert abzugeben bei

**Schmid & Buchwaldt, Pforzheim**

Westliche 23, gegenüber dem Schauspielhaus,
Telefon 1613.

**Wer verkaufen will, muß inserieren.**

## Gaswerk Wildbad.

Das beste und billigste Brennmaterial ist immer der

# Gaskoks

für den **Hausbrand und Zentralheizungen.** Beste Qualität ab Gaswerk den Zentner zu 1.50 Mk. Jetzt ist die beste Zeit zum Eindecken für den Winter. Abgabe in jeder Menge.

**Stadtpflege Neuenbürg.**

**Schlagraum-Verkauf**

am **Freitag, 17. Juli, abds. 7 Uhr**, im Rathaus: 7 Lose Tannenholz aus Abt. 12 untere Weinsteige.

Das

**Schulbad**

bleibt wegen Bauarbeiten nächsten Samstag noch **geschlossen.**

Stadtpfleger Essich.

**Württ. Forstamt Meistern in Wildbad.**

**Nadel-Stammholz-Verkauf.**

Das in Wildbad am 7. Juli 1925 ausgebotene, nicht zugeschlagene Nadelstammholz und zwar 1369 Ta. und Fi. mit Fm.: Langh.: 744 I., 464 II., 278 III., 76 IV., 37 V., 6 VI. Kl.; Sägh.: 134 I., 115 II., 45 III. Kl.; 32 Fo. mit Fm.: Langh.: 2 I., 12 II., 8 III., 2 IV., 1 V. Klasse; Sägh.: 4 I., 2 II., 3 III. Kl. wird nunmehr freihändig verkauft. Mündliche oder schriftliche Angebote auf die einzelnen Lose wollen spätestens bis **Dienstag, den 21. Juli 1925**, vormittags 10 Uhr, beim Forstamt Meistern in Wildbad eingereicht werden.

**Schlosser,**

jüngerer, sofort gesucht.

**Bügeleisenfabrik Neuenbürg.**

**Schreibtisch**

gesucht. Angebote mit Preisangabe unter Nr. 125 an die „Enztäler"-Geschäftsstelle erbeten.

Obernhausen.

Eine 37 Wochen trächtige (drittes Kalb), gute

**Nutz- und Fahrkuh**

verkauft

**Ernst Wolfinger**, alt.

Birkenfeld.

Wir empfehlen unsern

**Lastkraftwagen**

(Ladegewicht 100 Ztr.) für Fahren jeder Art.

**Gebr. Maueval,**
Telefon-Amt Pforzheim Nr. 64.

Herrenalb.

Ein jüngeres braves

**Mädchen**

(jedoch nicht unter 16 Jahren) für sofort oder auf August gesucht.

Frau **Schweitzer,**
Krieger-Erholungsheim.

Dobel.

Eine gute

**Nutz- und Fahrkuh**

mit dem vierten Kalb wegen Entbehrlichkeit zu verkaufen.

**Friedr. Müller,**
Schneidermeister.

**Erstklassige Ausstellungstiere!**

**Hasen und Tauben**

in 16 versch. Rassen sofort zu jedem annehmbaren Preis abzugeben.

Zu erfragen in der „Enztäler"-Geschäftsstelle.

***Die Erfahrung***

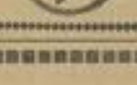
ist der beste Lehrmeister. Millionen Menschen kennen Schaumpon mit dem schwarzen Kopf als ein an reinigender Wirkung unübertroffenes Haarpflegemittel, das sie nicht mehr missen wollen. Deshalb säumen sie nicht und machen auch Sie sich die Erfahrung Anderer zu eigen, indem Sie zur Kopfwäsche nur noch das altbewährte

**„Schaumpon mit dem schwarzen Kopf"**

verwenden. Eine Auswahl der verschiedensten Sorten mit wirksamen Zusätzen ermöglicht es Ihnen, Ihr Haar nach Beschaffenheit und Farbe individuell zu behandeln.

Herst.: Hans Schwarzkopf, Berlin.

Achten Sie beim Einkauf genau auf die



altbekannte Schutzmarke „Schwarzer Kopf"

Zur

**Lieferung und Bedrucken**

von

**Ehren-Urkunden und Plakaten**

für Turn-, Gesang-, Krieger- und Schützenvereine, Feuerwehren, Fußball-, Radfahrer- und alle sonstigen Sportsvereine, Handwerker-, Landw. Vereine und Kleintierzuchtvereine, Garten- und Obstbauvereine

hält sich empfohlen

**C. Meeh'sche Buchdruckerei, Neuenbürg**

Inh.: D. Strom.

Reichhaltige Kataloge mit Abbildungen zu Diensten.

**Georg Beller, Ingenieur, Neuenbürg**

Technische Beratung : : : :
Betriebstechnische Beratung
Statistische Beratung : : : :
Kalkulatorische Beratung : :

bestehender Betriebe

Vertragsberatung
Schätzungen maschineller Anlagen.

**Zögern Sie nicht mehr lange,**
**denn die Gelegenheit ist Euch nicht mehr lange geboten,**

**billige Schuhe**

**sich zu beschaffen.**

**Eilt! Eilt! Solange noch am Platze weilt!**

**Schuhhaus Brosnick, Neuenbürg.**

**Täglich eintreffend:**

**Neue Italiener Kartoffeln,**

sehr schöne Ware, gelbfleischig, Zentner **8 Mk.**, ferner

**schöne Pfälzer Zwiebeln**

zum Tagespreis, sowie

**schönes Weißkraut (Kopf-Kraut).**

**Für Händler und Hotels.**

**Lechner, Herxheim, Tel. 2508.**

Niederlage in **Karlsruhe** bei **Albert Hoferer,** Karlstraße 29, wohin Bestellungen zu richten sind.

## An unsere Leser in Calmbach!

Die andauernden Unzuträglichkeiten bei Zustellung des Blattes durch die Agentur veranlassen uns, die **Agentur ab 1. August aufzuheben.** Wir bitten unsere Leser, den „Enztäler" bezw. das „Calmbacher Tagblatt" wieder **bei der Post** zu bestellen und sich zu diesem Zweck des untenstehenden Bestellzettels zu bedienen, der mit Unterschrift versehen unfrankiert in den nächsten Briefkasten geworfen werden kann.

**Verlag des „Enztäler" und „Calmbacher Tagblatt".**

## Die Postbezieher

des **„Enztäler"** werden gebeten, die Bestellung für den Monat **August 1925** an der Hand des untenstehenden Bezugsscheines rechtzeitig **zu erneuern.**

**Unfrankiert** in den nächsten Briefkasten werfen.

An die

**Postanstalt**

Ich bestelle hiermit den

**„Enztäler"**

für den

**Monat August**

und bitte, den Bezugspreis durch den Briefträger bei mir erheben zu lassen.

Name

Wohnort

Straße und Hausnummer

**Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung**

# E. Lederer & Cie.

**Westliche 2** **Pforzheim** **Marktplatz**

**Nur beste Qualitäten bei billigsten Preisen!**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw